



Industrieanlagen

Politik- und Wirtschaftsbetrieb sind getrennte Welten. GERNOT BAUER über die Fehlkalkulationen von Großunternehmern in öffentlichen Ämtern.

Reichen-Bashing taugt immer als Mittel der politischen Auseinandersetzung, umso mehr, wenn die anvisierten Millionäre direkte Kontrahenten sind. Im Nationalratswahlkampf des September 1999 enttarnte der damalige stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokraten, Nationalratspräsident Heinz Fischer, zwei Mitbewerber: „Die SPÖ ist in sozialen Fragen glaubwürdig und engagiert. Wenn dagegen Millionäre wie Prinzhorn und Haselsteiner sich als Anwälte des kleinen Mannes gerieren, dann liegt da sehr viel Kostümierung vor.“

13 Jahre später ist Heinz Fischer parteifreier, allseits geachteter Bundespräsident und in sozialen Fragen nach wie vor glaubwürdig und ungebremst engagiert. Thomas Prinzhorn und Hans Peter Haselsteiner fehlt zu Anwälten des kleinen Mannes mittlerweile das politische Mandat. Millionäre sind sie geblieben – oder noch einige Zehnerpotenzen höher: Laut Wirtschaftsmagazin „trend“ ist Ex-FPÖ-Politiker Thomas Prinzhorn, Papierindustrieller, mit einem Vermögen von 1,1 Milliarden Euro auf Platz 22 der reichsten Österreicher. Der liberale Bauindustrielle und Strabag-Vorstandsvorsitzende Haselsteiner rangiert mit geschätzten 765 Millionen auf Rang 33.

Ab Herbst will die Nummer acht (2,4 Milliarden Euro) im Ranking der reichsten Österreicher politisch mitmischen. Und nimmt man den Automobilzuliefer-Industriellen Frank Stronach wörtlich („In Österreich haben wir eine Scheindemokratie. Im Parlament sitzen die Interessenvertreter von der SPÖ und ÖVP, die Bürger haben keinen Einfluss“), wird seine zu gründende Partei statutarisch ein einziges Anwaltskonglomerat für den kleinen Mann – ob dieser das braucht oder nicht.

In eigener Sache statt im Durchschnittsbürger-Interesse zahlt sich politisches Engagement für Industrielle freilich nicht aus. Um steuerliche Begünstigungen für Konzerne, arbeitgeberfreundliche Arbeitnehmerschutzbestimmungen und Interessenvertretung im Allgemeinen kümmert sich schlagkräftig die Industriellenvereinigung (IV) mit Hauptquartier am Wiener Schwarzenbergplatz – der wahrscheinlich einflussreichste Privatverein der Republik. Aus Sicht des im Vormonat aus dem Amt geschiedenen, langjährigen IV-Präsidenten Veit Sorger hätte Österreichs Unter-

nehmerelite viel mehr beizutragen als industriepolitische Kompetenz und rein wirtschaftlichen Sachverstand: „Es sollten mehr Industrielle in die Politik gehen. Der Zustand der Politik ganz allgemein macht dieses Unterfangen aber nicht leichter.“

Der Beweis, dass Industrielle bessere Politiker wären als zum Beispiel Trafikanten, steht freilich noch aus. Erfolg in einer Disziplin qualifiziert nicht automatisch für eine andere. Ganz im Gegenteil: Anlagen zum erfolgreichen Entrepreneur unterscheiden sich von den notwendigen Talenten für ein geglücktes Politikerdasein. Ein durchsetzungsfähiger Industrieller benötigt Tatkraft und Entscheidungsfreude, ein durchsetzungsfähiger Politiker Geduld und Überzeugungskraft.

Hans Peter Haselsteiner machte aus einem Mittelstandsunternehmen einen der größten Baukonzerne Europas mit 14 Milliarden Euro Umsatz. Er ist Kolonnenführer von 77.000 Mitarbeitern. Mit einem Telefonat bewegt er Millionen. Bei Parteitag des Liberalen Forums bewegte sich nichts. Stundenlange Grundsatzdebatten über „ganzheitlichen Liberalismus“ verursachten Haselsteiner sichtbar körperliche Pein. Mit der Autorität des stellvertretenden Klubobmanns im Nationalrat würgte er Endlosdiskussionen bisweilen ab. Produktivitätssteigerungen sind im Gegensatz zum Wirtschaftsim Politikbetrieb eben nicht vorgesehen.

Zwischenmenschlich heißt Politiker sein für Großindustrielle, mit Personen auf Augenhöhe kommunizieren zu müssen, denen man im eigenen Konzern nicht einmal bei der Weihnachtsfeier begegnen würde. Mandat und Meinungsäußerung sind in der Politik frei, im eigenen Unternehmen auch – bis der Chef ein Macht- und Schlusswort spricht. „Speed kills“ (Andreas Khol, ÖVP) mag im Wirtschaftsleben gelten, Politik dagegen bedeutet für Quereinsteiger aus der Industrie die Entdeckung der Langsamkeit.

Dauerhaften Erfolg haben Industrielle nur dann, wenn sie Politik als zu erlernenden Beruf und nicht als ihre persönliche Naturtalentprobe begreifen. Martin Bartenstein, steirischer Chemieindustrieller (Gerot, Lannacher Heilmittel), nach eigenem Bekunden typischer Mittelständler, laut „trend“ auf Rang 74 der reichsten Österreicher, widmete sich seiner Po-

Der Staat ist kein Unternehmen. Würde man ihn führen wie einen Industriebetrieb, wäre die Demokratie bald bankrott.



APA/HERBERT FRANK-OFER



APA/ROBERT JALGER



APA/HARALD SCHNEIDER

**INDUSTRIELLE PRINZHORN, BARTENSTEIN, HASELSTEINER
Ist Spitzenpolitik ein zu erlernender Beruf oder
Naturtalentprobe unterbeschäftigter Unternehmer?**

litikerkarriere ähnlich intensiv wie der Unternehmerlaufbahn: Abgeordneter, Staatssekretär, Minister. Duldsamkeit in Gremialtoren erwarb er bereits in den 1980er-Jahren in der *Jungen Industrie*. Bartensteins Boss in der IV-Juniorenklasse war damals Christoph Leitl, Geschäftsführer der oberösterreichischen Bauhütte Leitl Werke bis 1990, als er Landesrat in Linz wurde. Seit dem Jahr 2000 ist Leitl Präsident der Wirtschaftskammer. Schon länger ist er einer der wohlhabendsten Oberösterreicher.

Von der Kritik ihrer heutigen Nachfolger müssten sich die Berufspolitiker Leitl und Bartenstein angesprochen fühlen. „Wenn ich meine Firma so führen würde, wie die Regierung regiert, nämlich ohne Vision, Engagement und Verständnis für Mitarbeiter und Kunden, würde sie nicht überleben“, sagt Therese Mitterbauer, seit 2009 Chefin der Jungen Industrie. Mitterbauers Familie ist Mehrheitseigentümerin des Miba-Konzerns und rangiert in der „trend“-Liste auf Platz 76.

Das Unternehmensführung und Regierungstätigkeit vergleichbare Fertigkeiten seien, ist der Lieblingstospos des politisch interessierten Industriellen – und zweifelhaft. Wahr ist vielmehr: Würde man den Staat führen wie manche Industrielle ihre Betriebe, wäre die Demokratie bald bankrott. Stakeholder sind komplizierter als Shareholder und nicht mittels Dividendenausschüttungen ruhigzustellen. Im Vergleich zu den Unübersichtlichkeiten in der Politik mit all ihren Anspruchsgruppen ist die Führung eines Unternehmens ein planwirtschaftlicher Vorgang. Als Eigentümer lässt ein Industrieller zu Recht niemanden in sein Unternehmen hin-

einregieren, als Politiker muss er fremdes Mitspracherecht akzeptieren. Lange Entscheidungsläufe, faule Kompromisse, Junktimierungen, zweitbeste Lösungen, mangelndes Kostenbewusstsein, falsche Personalauswahl mögen ein Unternehmen ruinieren – in der Politik sind sie die Gemeinkosten der Demokratie.

Klarer Startvorteil des Industriellen beim Quereinstieg ins öffentliche Amt ist die finanzielle Unabhängigkeit. Wer reich ist, wechselt nicht in die Politik, um es dort zu werden. Die Motive sind andere. Thomas Prinzhorns Antrieb war der Furor gegen das rot-schwarze „System“. Hans Peter Haselsteiner verstand sich immer auch als Homo politicus. Und bisweilen steht am Anfang ein Ressentiment, wie es dem Erste-Bank-Chef Andreas Treichl im Mai 2011 entfuhr: Bei einer Veranstaltung bezeichnete Treichl „unsere Politiker“ als „zu blöd und zu feig und zu unverständlich, weil sie von der Wirtschaft keine Ahnung haben“. Wenige Tage später entschuldigte er sich für seine Wortwahl. Inhaltlich gab ihm sein Publikum – Salzburger Wirtschaftstreibende – wahrscheinlich Recht.

Mit gleicher Botschaft hatte es schon Hannes Androsch anders formuliert: „Was die politischen Amtsträger geboten haben, als Erfolg zu verkaufen, zeugt von Realitätsverlust. Seit zehn bis 15 Jahren herrscht Stillstand, Blockade und Verhinderung. Ein paar Dutzend Leute in Funktionen halten die Zukunft des Landes in Geiselschaft. Das dürfen wir nicht akzeptieren.“ Der Ex-Finanzminister und nunmehrige Industrielle (Platz 65 im „trend“-Ranking) kennt beide Welten – und weiß, welche mehr fordert: „Die Politik ist brutaler als die Wirtschaft.“

Da hilft keine Kostümierung. ■